

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märktischen Zeitung.

Anfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Kammler'sches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der Anzeigen. Kammler'sches Anzeigenblatt für Kamen.
Kammler'sches Anzeigenblatt für Kamen.

Wichtiges täglich.
Wichtiges täglich. Wichtiges täglich.

Nr. 100 (1. Blatt)

Donnerstag, den 30. April 1922

53. Jahrgang.

Der Reichspräsident bei Hindenburg.

Nach einer Meldung aus Hannover ist der Reichspräsident Doehring dort eingetroffen und hat sich sofort zum Feldmarschall von Hindenburg begeben, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Diese dürfte sich um das Programm der Vereidigung im Reichstag gehandelt haben. Heute trifft der Staatssekretär im Bureau des Reichspräsidenten Dr. Meißner in Hannover ein.

Die Flut der Glückwünsche.

In Hannover laufen fortgesetzt weitere Glückwunschkarten ein, darunter viele von Auslandsdeutschen. Auch viele Mitglieder der ehemals regierenden Herrscherhäuser sandten Glückwünsche. Dr. Jarres sandte folgendes Telegramm: „In stolzer Freude über den Sieg unserer Sache bitte ich, meine herzlichsten, verehrungsvollen Glückwünsche anzunehmen. Möge mit dem Dank des deutschen Volkes der Segen des Himmels ew. Ezzellens auf dem hohen Amt begleiten. In deutscher Treue, Dr. Jarres.“

Ferner sandten auch die dem Reichsblut angeschlossenen Parteien und Verbände Glückwunschkarten. Im übrigen hat sich der Reichsblut als solcher bereits aufgelöst, nachdem er seine Aufgabe erfüllt hat.

Generalfeldmarschall von Hindenburg übermittelte der „Z.-L.“ zur Weiterverbreitung folgende Dankfänge: „Allen den vielen, die meiner gelegentlich der Reichspräsidentenwahl freundlich gedacht haben, kann ich nur auf diesem Wege meinen herzlichsten, tief empfundenen Dank sagen, weil ich anderswo sehr bedrückt bin.“ von Hindenburg.

Dr. Heilpachs Gruß an Hindenburg.

Auf einem am Dienstagabend von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Baden veranstalteten parlamentarischen Abend hob Staatspräsident Dr. Heilpach bei der Begrüßung der etwa 300 erschienenen Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft hervor, die deutsche Nation habe ihren größten politischen Kampf durchgeföhrt. Jetzt gelte die Lösung: „Die Waffen ruhen und haben zu ruhen.“

Als Vertreter der Demokratie bekannte sich der Redner zum Grundgesetz, daß — nachdem die Nation gekämpft hat und die Wahlkampagne beendet ist — die Wogen des politischen Kampfes zu dem Oberhaupt des deutschen Reiches nicht mehr hinaufschlagen dürfen. Es gibt nur noch eine zulässige Haltung, die Ehrerbietung. Wir grüßen in dieser Stunde das neue Reichsoberhaupt in gemeinsamer Verehrung. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Der Präsident des badischen Landtages, Dr. Baumgartner, knüpfte in seiner Begrüßungsansprache an diese Worte Heilpachs an und betonte, daß auch die Zentrumspartei, die in diesem Wahlkampf unterlegen sei, dem neuen Reichspräsidenten Ehrfurcht und Ehrerbietung entgegenbringe, wie sie sie auch dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert dargeboten habe.

Nach einem im Münchener Stadtrat genehmigten Antrage werden am Tage der Vereidigung des Reichspräsidenten die städtischen Gebäude beflaggt werden. An die Bürgererschaft wird die Aufforderung ergehen, ihre Gebäude ebenfalls zu beflaggen.

Dr. Luther über Wirtschaft und Außenpolitik.

Reichsfinanzier Dr. Luther hielt Mittwochvormittag auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag eine großangelegte Rede, in der er zunächst allgemeine wirtschaftliche Fragen besprach, dann aber auch über die schwebenden politischen Fragen wichtige Erklärungen abgab. Nachdem Dr. Luther zunächst allgemein über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Regierung gesprochen hatte, kam er auf die Frage der Steuerbelastung der Wirtschaft zu sprechen und führte hierzu aus, daß die Belastung in einzelnen Fällen ein unerträgliches Maß angenommen habe. Die hohe Besteuerung sei aber nötig gewesen, um die Stabilisierung der Währung zu erreichen. Weiter sprach der Kanzler die Hoffnung aus, daß die Annahme der Aufwertungsanleihe die Lage der Wirtschaft beruhigen bringe. Die dritte große Sorge der Wirtschaft sei dann die Frage der Befestigung der Handelsbeziehungen zum Ausland. In der Zollfrage müsse verhandelt werden, einen Mittelweg zu finden, der einen gefunden Ausgleich aller Ansprüche gewährleiste.

Auf das Gebiet der Außenpolitik übergehend, kam Dr. Luther dann auf die Mün-

mungsfrage zu sprechen. Er sagte hierzu u. a.: Seit mehr als dreieinhalb Jahren warten wir vergeblich auf eine substantiierte Begründung für die Nichträumung, eine Begründung, die uns in allen alliierten Noten zwar wiederholt als bevorstehend angekündigt, aber bis heute nicht eingebracht ist. Die Reichsregierung ist nicht müde geworden, in ihren öffentlichen Auslassungen und ihren diplomatischen Vorstellungen immer wieder darauf hinzuweisen, daß es schlechterdings unhaltbar ist, einem Lande wegen angeblich mangelhafter Vertragserfüllung Repressalien aufzuerlegen und ihm zugleich die Möglichkeit der Rechtfertigung wie auch die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzung zu nehmen. Wir müssen bestimmt erwarten, daß die alliierten Regierungen nicht länger zögern, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Dr. Luther sprach dann weiter über die Sicherheitsfrage und erwähnte dabei die bekannten Bemerkungen der Reichsregierung in dieser Angelegenheit. Er fuhr dann fort: Die Deutsche Regierung wollte in der realen Erkenntnis der Notwendigkeiten, denen sich kein deutscher Staatsmann verschließen kann, und andererseits unter offener Darlegung der legitimen Ziele, auf die kein deutscher Staatsmann verzichten kann, mit einem Weg zu finden, der im Interesse aller europäischen Völker zur Befestigung der immer noch vorhandenen internationalen Spannung führt. Unsere Stellungnahme in dieser Frage ist so klar und deutlich, daß in keiner Richtung ein Zweifel an unseren Absichten möglich sein sollte. Es ist selbstverständlich, daß der von der Reichsregierung eingenommene Standpunkt unverändert besteht. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Kanzler, daß die deutschen Staatsmänner und die deutschen Wirtschaftler es niemals daran fehlen lassen werden, ihren Teil zur friedlichen Verständigung und zur solidarisichen Zusammenarbeit der Völker beizutragen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag

schloß zur wirtschaftlichen Lage einstimmig eine Entschließung, in der außer dem raschen und endgültigen Abbau überflüssiger Zwangs- und Notwendigkeitsgesetze u. a. weiter verlangt wird, daß in der gegenwärtigen Krisenlage auch im Lohnwesen und bei der Erleichterung der Arbeitsverhältnisse die Erfordernisse billiger Produktion besonders beachtet werden, um durch Preissteigerungen die Kaufkraft und den Reallohn zu steigern. Von neuen sozialpolitischen Belastungen müßte solange abgesehen werden, solange nicht der Fortgang der Wirtschaft und die Befähigung der Arbeiterschaft gesichert seien. In der Aufwertungsfrage müsse vor allem darauf geachtet werden, daß der Wirtschaft nicht neue Kreditrisiken auferlegt werden. Die Vorschläge des Reichstages auf Vereinfachung der Hypothekenaufwertung erscheinen zweckmäßig. Der Kreditnot der Wirtschaft werde von der Reichsbank so weit entgegengekommen werden müssen, als der Schutz der Währung es irgend zuläßt, deren Erhaltung unbedingt notwendig und gesichert sei. Bei der Reichsbank sei auf eine Senkung der Zinssätze hinzuwirken. Zur Abbedingung der notwendigen Einfuhr und zur Abtragung der Reparationslasten sei für Deutschland eine starke Ausfuhr notwendig als je. In der Frage der Getreidezölle werde der Landwirtschaft einzuräumen sein, was sie braucht, um im allgemeinen die vor dem Kriege erlangte Intensivität wieder zu gewinnen und zu steigern und den Einfuhrbedarf zu verringern. — Darauf wurde von der Versammlung eine weitere Entschließung zur Steuerfrage angenommen, in der die Entschärfung des Steuerrechts und des Hauptaufschusses zu den neuen Finanzgesetzen billigt und die Regierung und der Reichstag aufgefordert werden, die Durchberatung und Verabschiedung dieser Gesetzesgruppen zu beschleunigen.

Vor der Auflösung?

Aus dem preussischen Landtage.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wurde am Mittwoch von dem Sozialdemokraten Reich eröffnet, der nach einer Polemik gegen die Deutsche Volkspartei eine Erklärung verlas, in der dem Kabinett Braun-Severing das Vertrauen ausgesprochen wird, in der ferner der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine aktionsfähige Regierung zu bilden und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu diesem Zwecke in Anspruch nehmen wird. Die Sozialdemokratie vertraut darauf trotz der Hindenburgwahl, die eine bloße Stimmungsfrage gewesen sei; sie fürchtet einen neuen Wahlgang nicht.

Abg. Lüdtke (Dn.) wandte sich scharf gegen die Regierungserklärung, insbesondere gegen den Vorwurf der Sabotage. Die Schuld lag vielmehr an der falschen Einstellung der Weimarer Koalition. Seit dem 23. Januar haben wir fünf Ministerpräsidenten gehabt, Braun, Marx, wieder Marx, Köpfer-Schöff und jetzt wieder Braun, und alle fünf Wahlen sind durch Par-

teien erfolgt, die nicht die Mehrheit des Landtags haben. Das entspricht nicht dem Geiste des Parlamentarismus, den Sie eingeföhrt haben. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder ein Beamtenministerium oder die Auflösung. Der Redner polemisiert dann weiter scharf gegen die Politik Severings und schloß: Wir werden alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, diese Regierung zu stürzen, die ein Ungeheuer für Preußen ist. (Beifall rechts.) Gegenüber den links und in der Mitte.) Abg. Dr. Heß (Ztr.) erklärte, das Zentrum halte nach wie vor an der bisher eingenommenen Haltung fest, daß die beste Lösung in Preußen die Wiederaufrichtung der großen Koalition sei. Wir sind der Meinung, daß alle Möglichkeiten einer Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen ausgenutzt werden müssen, und solche Möglichkeiten sind vorhanden. Geht es das nicht, dann lehnen wir die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen ab.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) ironisiert zunächst unter großer Heiterkeit rechts die „Programmrede“ des Ministerpräsidenten und fragt, ob es richtig sei, daß im Ministerium des Innern bereits alle Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen sind, was Minister Severing durch Kopfnicken bestätigt. Ueber die bisherige Haltung der Deutschen Volkspartei führte der Redner dann aus: Wir gingen, als wir in die große Koalition eintraten, von dem Gedanken aus, daß wir den Ausbau des neuen Staates nicht allein den Kräften überlassen wollten, die die Revolution gemacht haben. Wir wollten wichtige Inzidenzen aus der alten Zeit in die neue Zeit hinüberretten. Wir haben aber nicht die nötige Unterstützung gefunden; deshalb sind wir schließlich aus der großen Koalition ausgeschieden. Unsere Mitarbeit ist uns unmöglich gemacht durch die Weimarer Koalition. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf der Sabotage zur Lösung der Krise gemacht habe. Herr Marx habe ihn gebeten, für das neue Kabinett Namen zu nennen. Er habe darauf ungefähr 20 Namen genannt. (Stürmische Heiterkeit.) — Abg. Vartels-Krefeld (Komm.) zählt die Bedingungen auf, von denen seine Fraktion die Unterstützung des Kabinetts Braun abhängig mache. Andernfalls werde sie die Auflösung des Landtags erzwingen. — Abg. Fall (Dem.) gab dann namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der die Regierungserklärung gebilligt und dem Ministerium Unterstützung versprochen wird. Die Partei sei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen. — Abg. Radendorf (Ztr.) lehnt das neue Kabinett ab, zumal der Ministerpräsident eine so aggressive „Regierungserklärung“ abgegeben habe. — Abg. Graf v. Helldorf (Nat.-Soz.) erklärt, seine Partei fordere Befestigung dieses Kabinetts und Neuwahlen. — Nachdem dann noch Abg. Heilmann (Soz.) die zweite Rednergarnitur eröffnet hatte, wurde die Aussprache abgebrochen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen beschloß das Haus noch den Untersuchungsausschuß für den Fall Höpke aus 29 Mitgliedern zusammenzusetzen.

Donnerstag: Fortsetzung der politischen Aussprache. Die Abstimmung über die Veranlassung soll erst am Freitag nächster Woche erfolgen.

Reichstag.

In der am Mittwoch fortgesetzten Aussprache des Posthaushalts nannte Abg. Torgler (Komm.) die Post ein kapitalistisches Unternehmen und wirft dem Reichspostminister vor, auf Wunsch und Befehl des Abg. Harmon (Dn.) bezüglich des Personals sagt Reichspostminister Stingl möglichste Berücksichtigung der Wünsche zu. In der Beförderungsforderung sei die Post an das Vorbild des Reiches gebunden. Gegenüber den heftigen Angriffen eines Fachblattes der Holzbranche gegen die Postbeamten stelle er sich schützend vor sein Personal und weise diese Angriffe als unbegründet zurück. (Beifall.) Ein Redner habe ihn mit Unrecht als Stiefvater der Postbeamten bezeichnet. Er tue sein Möglichstes, um ihre Wünsche zu befriedigen. Der Minister bekräftigt dann die Dienstverhältnisse der einzelnen Beamtengruppen. Er sagt zu, daß der Mittelstand und das Handwerk bei Beförderungsmöglichkeiten berücksichtigt werden sollen. Eine Ermäßigung der Fernsprechtsgebühren sei wegen des zu erwartenden gewaltigen Anstiegs nicht möglich. Der Antrag zum Fernsprecher sei nach wie vor gewaltig. 50 000 Neuanmeldungen konnten noch nicht erledigt werden. Der Rundfunk müsse selbstverständlich überparteilich sein. Das Reichskabinett habe das in besonderen Richtlinien ausdrücklich festgelegt. Von einer Gebührenermäßigung könne für absehbare Zeit keine Rede sein. — Abg. Leicht (Ndr.) stellt fest, daß selbst die Beförderungsforderung dem Minister gegenüber einen

angenehmen Ton angeschlagen hätten. Das liege wohl an der Person des Ministers. (Heiterkeit.) — Nach weiteren Ausführungen der Abg. Henning (D. Sp.) und Straßer (N.-Soz.) verlag das Haus auf Donnerstag.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

trat Mittwoch in die Beratung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ein. Reichsernährungsminister Graf Rantzke führte aus: Die Getreideernte hat, soweit man es bis jetzt übersehen kann, gute Aussichten. Die Viehzucht hat sich wesentlich, die Milchproduktion in erheblichem Maße gehoben, sodaß man den letzten Rest der Zwangswirtschaft wohl bald wird beseitigen können. Deutschland kann seinen Milch- und Futterbedarf aus eigener Produktion decken. Die Kartoffeln sind gut überwintert. Die Futterproduktion hat im vergangenen Jahre schon wieder eine Ausfuhr von 3,8 Millionen Tonnen gegenüber etwa 8 Millionen Tonnen im Frieden erreicht. Der deutsche Weinbau, Obstbau und Gemüsebau bedürfen eines genügenden Pflanzschutzes. Der deutsche Waldbestand hat außerordentlich gestiegen. Die Regierung ist bemüht, hier zu helfen. Der Minister dankte sodann dem amerikanischen General Allen für seine kräftige Hilfe bei der Rinderfürsorge, die, soweit die Auslandshilfe in Frage kommt, im laufenden Jahre abgeschlossen wird. Die Kreditnot der Landwirtschaft nimmt einen schweren besorgniserregenden Charakter an. Die Pfandbriefe sind weder im Inlande noch im Auslande einmengen abzusetzen. Die Handelsvertragsverhandlungen erfordern einen lückenlosen Kontakt. Der Minister beantragt die Vereidigung von 5 Millionen für eine tatkräftige Intensivierung der deutschen Landwirtschaft, deren Erzeugung um ein Drittel gehoben werden könnte. Die Passivität der deutschen Handelsbilanz von 2,7 Milliarden entspricht genau dem Werte der eingeföhrteten Agrarprodukte. — Nach kurzen Bemerkungen der Ausschussmitglieder zu den landwirtschaftlichen Fragen wurde die Weiterberatung vertagt.

Der neue Berliner Polizeipräsident.

In der Kabinettsitzung am Montag ist Albert Grzesinski, Oberregierungsrat im preussischen Ministerium des Innern zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt worden. Grzesinski, der als Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei seit 1919 dem Preussischen Landtag angehört, stammt aus einer Arbeiterfamilie und war von Beruf Metallarbeiter. Mit 27 Jahren wurde er Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Offenbach und kam im Jahre darauf nach Kassel, wo er bald Vorsitzender des dortigen Gewerkschaftskartells, Stadtverordneter und schließlich Stadtverordnetenvorsitzer wurde. Bei Ausbruch der Revolution ernannte man ihn zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats für den Regierungsbezirk Kassel. 1919 wurde er Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium, 1922 Oberregierungsrat und Präsident des preussischen Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Mittwoch nachmittag hat die erste Botschaft der deutschen und der französischen Wirtschaftskommission stattgefunden. Den Vorsitz führte auf deutscher Seite der am Montag wieder nach Paris zurückgekehrte Staatssekretär Dr. Trendelenburg, auf französischer Seite Handelsminister Chaumet. Dieser begrüßte Dr. Trendelenburg und erklärte, daß nach seiner Ansicht eine Verständigung darauf hinführen müsse, daß man trotz der großen Schwierigkeiten insbesondere auf dem Gebiete der Zollerichte, zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis kommen müsse. Es ist im beiderseitigen Interesse beschloßen worden, die Verhandlungen in beschleunigtem Tempo zu führen.

Kleine Nachrichten.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde bis Vorlage über die Gebühren der Rechtsanwälte in Armenschaften mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die Amnestiefrage wurde vertagt im Hinblick auf die Möglichkeit, daß infolge der Wahl des neuen Reichspräsidenten mit Amnestiegesetzen gerechnet werden könnte.

Die Vertreter der drei Weimarer Parteien im Preussischen Landtag haben im Landtage beschloßen, ihre Einheitsfront aufrecht zu erhalten und die Regierung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu unterstützen.

Wie mitgeteilt wird, hat Herr v. Merz, rind zur Berg kirchlich sein Amt als Mitglied des Reichsparteivorstandes der deutschen Zentrumspartei und als Mitglied des Provinzialausschusses der westfälischen Zentrumspartei niedergelegt.

Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages hat einen von sog. Seite gestellten Antrag, die Regierung zu ersuchen, eine Begnadigung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigler in Erwägung zu ziehen, angenommen. Ein Antrag auf eine allgemeine Amnestie in Sachen wurde abgelehnt.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 30. April. (Verschiedenes.) Im Reichsgehalt Nr. 16 vom 24. April wird eine Bekanntmachung über die Ausprägung von Reichsmünzen im Nennwerte von 1 und 2 Reichsmark, datiert vom 17. April 1925, veröffentlicht. Die neuen Münzen weisen in ihrer Ausprägung etwas von den bisher ausgeprägten ab. Das Stück zu 1 Reichsmark trägt auf jeder Seite innerhalb eines aus einem flachen Stäbchen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes in Antiqua die Aufschrift „1 Reichsmark“. Das Stück zu 2 Reichsmark innerhalb eines gleichen Randes in Antiqua die Aufschrift „2 Reichsmark“. Die Aufschriften sind von einem als Verzierung dienenden Eichenkranz umgeben; unten am Rande, oberhalb des Eichenkranzes, befindet sich das Wappenstein. Die Schaufseite beider Münzen zeigt innerhalb eines aus einem flachen Stäbchen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes und innerhalb der in Antiqua gesetzten Umschrift „Deutsches Reich“ den Reichsadler, unten am Rande, von der Umschrift durch Rosetten getrennt, die Jahreszahl. Das Stück zu 1 Reichsmark wird im Ringe mit einem glatten Rande, der mit vertieften Arabesken versehen wird, das Stück zu 2 Reichsmark im geriffelten Ringe geprägt.

(Bahnhofsbriefe.) Den meisten Deutschen — wenn wir von Preussengehörigen absehen — scheint die nicht mehr neue Einrichtung der Bahnhofsbriefe völlig unbekannt zu sein. Der häufig oder regelmäßig Postsendungen mit einem bestimmten Zuge erwartet, kann bei seinem zuständigen Postamt die sofortige Auslieferung alsbald nach Eintreffen des Zuges beantragen. Die Auslieferungsgeld beträgt für den Monat zwölf Mark oder für eine Woche vier Mark und ist von dem Antragsteller im Voraus zu entrichten. — Bahnhofsbriefe dürfen nur mit vorgeschriebenen Zügen befördert werden. Ein besonderer Umkleeschrank mit breitem, rotem Rand ist erforderlich. Frankiert wird er nach den gewöhnlichen Postvorschriften.

Sparfamkeit — die nationale Tugend.

Die Neubildung von Kapital leidet in Deutschland auch heute noch unter den verheerenden Wirkungen der Inflation. Welche Schichten der Bevölkerung sind auf Grund der Einbuße ihres Vermögens oder des Vermögens von Angehörigen, für die sie nun sorgen müssen, im Sparen gehemmt, andere Schichten beziehen zu knappen Einkommen, um als Sparrer in Betracht kommen zu können. Wieder andere Schichten aber, und auf die kommt es sehr wesentlich an, könnten mehr sparen, als es bisher geschieht, wenn sie sich genügen darauf eingestellt wären, wenn sie sich von der Gewohnheit des Konsums wieder befreien würden und der Rentenbildung die früher übliche Bedeutung zumessen würden. Gerade weil alte Reserven verlorengegangen sind, muß der privatrechtliche Anreiz zur neuen Renten- und Reservebildung besonders lebendig sein. Was in der Friedenszeit zu Wohlstand führte, ist auch jetzt wieder das einzige Mittel, zu Wohlhabenheit und Ansehen zu gelangen. Wenn man jetzt überall in Deutschland daran geht, die Folgen der Verwüstungen und Zerstörungen der Inflationszeit auf wirtschaftlichem und ethischem Gebiet zu beseitigen, so ist die Sparfamkeit das vorzüglichste Mittel hierzu. Rückkehr zur alten Sparfamkeit, zur Einfachheit und Genügsamkeit in Lebenshaltung und Lebensführung, Bildung von Rücklagen für Fälle der Not ist heute die wichtigste Wiederaufbauarbeit. Sparfamkeit ist heute die nationale Tugend.

Im Lohnstreit der Straßenbahner von Rheinland und Westfalen wurde unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichs- und Staatskommissars folgender Schiedsspruch gefällt: 1. Der tarifliche Spitzenlohn wird ab 1. Mai 1925 um 4 Pfennig je Stunde erhöht. Die übrigen Stunden- und Schichtlohnätze ändern sich im Verhältnis. Die Sonderzulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. 2. Diese Regelung kann erstmalig mit monatlicher Frist zum 1. Juli 1925 gekündigt werden. 3. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. Mai 1925.

Bergamen, 30. April. (Straßenraub?) Auf der Ramener Kirmes lernten mehrere Bergleute aus Mönche einen Reisenden kennen und veranlaßten diesen, mit ihnen zu gehen. Rechter willigte ein. Unterwegs wurden noch Wirtshäuser besucht. In der Wirtschaft Logermann in Bergamen schon gerieten sie in Streit und weil der Reisende ein schwarz-weiß-rotes Wändchen trug, bekam er Prügel. Der Friede wurde aber nochmals geschlossen und zusammen gingen sie in Richtung Mönche. Plötzlich stolperte (?) der Reisende und fiel in den Schuttgraben. Als er aufstand, war seine Geldtasche mit etwa 100 Mark verschwunden.

Wefel, 30. April. (Mordverurteilung.) Am 24. April hat der Bergmann Fritz S. den Bergmann Wilhelm v. S. in der mittleren Mönche in Wefel mit einem Schlagring, den er bei sich führte, auf den Kopf geschlagen. Der Verletzte kam von der Kirmes Kirmes und fand den Täter auf der Straße liegen. Nachdem er ihn ausgerichtet hatte, belohnte ihn der S. in der oben beschriebenen Weise. Der Schlagring ist beschlagnahmt und der Täter zur Anzeige gebracht worden.

Mönche, 30. April. (Mordverurteilung.) Nach beendeter Selbsttötung wurde der Tagelöhner Melchior Heidekamp von hier, Seelung Seelungstraße 411, auf seiner Arbeitsstätte, der Bege Werne, von dem niedergehenden Förderer gefaßt und zu Tode gequält. Frau und ein Kind betrauern den Tod ihres Ernährers.

Bönn, 29. April. (Aufgeklärte Todesursache.) Vor einer Woche wurde der Arbeiter Erich Nolte mit einer schweren Kopfwunde in bewußtlosen Zustand in Hamm aufgefunden; er starb Samstag nacht im Kranken-

haus. Die Ermittlungen ergaben, daß Nolte von einem Kraftwagen angefahren worden ist. Der Täter, Kraftfahrer A., gestand die Tat ein.

Soest, 29. April. (Zur Jagd.) Zu der Verpachtung der Gemeindejagd in Klotingen waren eine übergroße Anzahl Bieter aus Dortmund, Hagen, Bochum, Essen usw., fast durchweg in Automobilen erschienen. Schätzungen der für die etwa 600 Hektar große Jagd war ein Fabrikant Roland aus Hagen mit 6100 Mark. Dazu kommen noch 60 Prozent Kreissteuer und die Stempelgebühren. Vor dem Kriege brachte die Jagd 500 Mark und die letzte Verpachtung 1000 Mark ein. Es ist ausgerechnet worden, daß dem neuen Jagdherrn ein Hafenbraten etwa 300 Mark kostet.

Münster, 28. April. (Späte Sühne.) In der Wäldert der Revolution war, wie anderwärts, so auch im Münsterlande das Wildern, sogar bandenweise und am hellen Tage, an der Tagesordnung. So zogen am Sonntag, den 9. März 1919, sieben junge Leute aus der Gegend von Legden, Kreis Coesfeld, gleich nach der Frühmesse mit Gewehren und Karabinern los, um sich einen Sonntagsschoppen zu holen. Sie erlegten auch 7 oder 8 Rehe, die sie versteckten; nur einer trug seinen Rehbod im Rucksack mit sich. Mehrere Landjäger und Förster, die durch die Schüsse aufmerksam gemacht worden waren, begaben sich in den Wald, um die Wilderer abzufassen. Gegen 4 Uhr nachmittags trafen beide Parteien aufeinander, und es kam zu einem Feuergefecht, das zwei Stunden dauerte; der Wilderer, der den Bod im Rucksack hatte, wurde dabei erschossen, die anderen entkamen unerkannt. Etwa drei Wochen später wurde ein auf Wilderer fahrender Landjäger erschossen. Erst nach fünf Jahren gelang es, sechs der Wilderer zu fassen und vor Gericht zu bringen. Die Erschießung des Landjägers ist noch ungeklärt. Wegen der Wildererei konnte wegen Verjährung keine Anklage mehr erhoben werden; diese lautete daher auf versuchten Totschlag unter erschwerenden Umständen. Einer der Angeklagten wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt, ein anderer wegen Meineids zu sechs Monaten Gefängnis; die übrigen wurden freigesprochen.

Nheda, 29. April. (Brand einer Mühle.) In der Mühle des Mühlenbesizers Brand entstand ein Feuer, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Großfeuer auf seinen Herd zu beschränken und die anliegende Brotfabrik sowie das Wohnhaus zu retten. Die Mühle ist bis auf die Grundmauern eingestürzt. 300 Zentner Korn und Mehl sind ein Raub der Flammen geworden.

Dortmund, 29. April. (Verschiedenes.) In einer Villa am Ostwall wurde ein schwerer Einbruch verübt. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Großfeuer auf seinen Herd zu beschränken und die anliegende Brotfabrik sowie das Wohnhaus zu retten. Die Mühle ist bis auf die Grundmauern eingestürzt. 300 Zentner Korn und Mehl sind ein Raub der Flammen geworden.

Görde, 30. April. (Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Dienstag-Abendstunden auf dem Neuen Marktplatz. Aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache — vermutlich geriet durch Kurzschluss der zur Entladung und Explosion — wurde die innen mit Eisenblech ausgelegene Tür des an der Westseite zur Feststraße gelegenen Transformatorhäuschens des Elektrizitätswerkes etwa 4 Meter weit herausgeschleudert; eine gewaltige Stichflamme in einer Ausdehnung von 10–15 Metern schoß hervor und erfaßte mehrere Kinder, die gerade auf dem Platz spielten und von denen zehn teils leichtere, teils schwerere Verbrennungen erlitten. Fünf Kinder mußten dem Krankenhaus Verletzte zugeführt werden, die übrigen konnten nach Behandlung und nachdem ihre Wunden durch einen Arzt verbunden worden waren, wieder entlassen werden; doch sind von ihnen noch einige ins Krankenhaus eingeliefert worden, bei denen sich jeher im Laufe der Nacht einstellte. Die Namen der Verletzten sind:

Langendreer, 28. April. (Unter dem Verdacht von Darlehensschwindeln größerer Umfangs wurde hier vor einiger Zeit der Invalide Roskow verhaftet. Roskow gründete, wie die Rhein-Westf. Ztg. mitteilt, ein Geldvermittlungsunternehmen, das er über weite Gebiete des Deutschen Reichs ausdehnte. So stellte er an verschiedenen Orten Agenten an, deren Zahl sich nach den beschlagnahmten Papieren auf 40 belief. In hochfliegenden Prospekten bot er sich als Vermittler in Auslandsdarlehen an; in Wirklichkeit hatte er aber nicht die geringste Verbindung mit ausländischen Finanzleuten. Die Agenten hatten die Aufgabe, Darlehenssuchende ihm mitzuteilen, denen er dann seine Prospekte zukommen ließ. In diesen war die Bedingung aufgeführt, daß die Darlehenssuchenden, wenn sie von ihren Anträgen zurückkamen, ihm Auslagen und Mühewaltung zu vergüten hatten. Roskow erhielt aus allen Teilen Deutschlands Angebote in großer Zahl, die er Wochen und Monate lang in seiner Mansardenkammer liegen ließ, ohne auch

nur das Geringste daran zu tun. Begreiflicherweise kamen die Darlehenssuchenden nach Monaten und Wochen mit den Ersuchen, ihnen die Unterlagen zurückzusenden. Roskow fandte diese dann auch unter Nachnahme zurück mit den entsprechenden Forderungen für Auslagen und Vergütung für Mühewaltungen, die nicht gering bemessen waren. Aus diesem zweifelhaften Geschäft suchte sich Roskow einen dauernden Gewinn zu verschaffen. Er wird sich demnächst wegen Darlehensschwindeln vor Gericht zu verantworten haben.

Elberfeld, 27. April. (Vertrag mit wertlosen Scheids.) Um einen Posten Zigaretten im Werte von 3000 Mark betrogen die Kaufleute Hermann R. und Hilmar D. aus Barmen vor mehreren Monaten einen Tabakwarengroßhändler in Hagen. Der diesem bekannte Kaufmann Hugo De. aus Barmen führte ihm an einem Samstagnachmittag den R. als neuen Kunden zu. Vorher hatten sie in einem Kaffeehaus am Bahnhof in Hagen beraten, wie sie die Zigaretten wohl „bezahlen“ könnten, wenn der Händler einen Wechsel ablehnen sollte, und D. hatte dann für diesen Fall zwei Scheids ausgeschrieben, einen über 2500 Mark, einen zweiten über 500 Mark, beide zahlbar gefüllt bei einem Barmen Bankhaus. D. hatte früher mit dem Bankhaus gearbeitet, er stand aber zu der Zeit unter Geschäftsaufsicht und wußte, daß Deckung für die beiden Scheids nicht vorhanden war. Trotzdem wurden sie dem Hagenen nachher als durchaus gut angebracht, der Posten Zigaretten wurde ihnen ausgetauscht und von ihnen in einem großen Auto sofort mitgenommen. Als der Lieferant am folgenden Montag die Scheids in Barmen vorgelegt, mußte er hören, daß er hintergangen worden war. Nur einen geringen Teil seiner Ware hat er später zurückbekommen. Das Schöffengericht in Elberfeld verurteilte D., der wegen anderer Verurteilungen schon vorbestraft ist und zurzeit noch neun Monate Gefängnis verbüßt, zu einer Gesamtstrafe von 18 Monaten Gefängnis, den schon wegen schweren Diebstahls und wegen Hehlerei vorbestraften R. bei sofortiger Verhaftung zu einem Jahr Gefängnis. De. wegen Beihilfe zum Betrugs an Stelle einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu 300 Mark Geldstrafe. Zwei andere junge Leute, die sich an dem Schwindel beteiligt haben sollten, mußten freigesprochen werden.

Elberfeld, 27. April. (Zuchthaus für einen Hehler.) Der Schuhmachermeister Fritz A. hatte im verflochtenen Jahre von zwei jungen Leuten fortgesetzt allerhand Waren angelauft, die diese aus ihrem väterlichen Geschäft entwendet hatten. Schon die Preise, die von ihm verlangt wurden, mußten ihn zu der Überzeugung bringen, daß die jungen Leute die Waren nicht auf rechtmässige Weise in ihren Besitz gebracht haben konnten. Als die Polizei eine Durchsuchung in seinem Hause vornahm, entdeckte sie ein umfangreiches Warenlager gestohlener Sachen. Er hatte nach seinem eigenen Geständnis alles aufgekauft, um später einen Hausierhandel anzufangen. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus. Die beiden Jünglinge konnten nicht bestraft werden, weil der bestohlene Vater einen Strafantrag nicht gestellt hatte, der, wenn nur einfache Diebstähle vorliegen, wie in vorliegendem Falle, zur Strafbarkeit erforderlich ist.

Der Essener Kohlentag.

Essen, 29. April. (Bei dem Festantritt, welches im Saalbau für die Teilnehmer der Essener Kohlentagung veranstaltet wurde, hielt Reichsminister Dr. Luther eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Was uns heute hier zusammenführt, ist der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau. Ich möchte nun Preise des Kohlenbergbaues dreierlei sagen: Zuerst möchte ich den Kohlenbergbau sehen als Technik. Ich glaube, daß ich damit der Tagung besonders gerecht werde, nicht nur weil sie vom Verein deutscher Ingenieure, Sanverband Rheinland-Westfalen, veranstaltet ist, sondern weil die ganze Tagung, soweit ich als Laie das zu verstehen vermag, unter der großen technischen Einsicht gestanden hat, daß auch auf diesem Gebiete es die Fortschritte technischen Könnens, technischen Fortschritts sind, die uns vorwärts führen und immer weiter vorantreiben. Wenn auch schließlich dabei nicht jedes Ziel erreicht wird, so tut das ja dem Fortschritt der Technik keinen Abbruch. Das zweite für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist das große Wort „Wirtschaft“, von der letzten Endes doch alles getragen wird. Wirtschaft ist: Werte schaffende Tätigkeit von Hand und Kopf, und gerade in diesem Zusammenhang ist sie ja so stark hier im Ruhrgebiet. Ich kann mir nicht vorstellen, wie jemand aus dem Ruhrkohlengebiet herauskommen kann, ohne durchdrungen zu sein von dem festen Gefühl, daß schließlich unser ganzes technisches Leben getragen wird von Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit. Die Deutschen sollten im allgemeinen dankbar sein, daß sie gerade hier einen Beleg haben, über dem wirklich das Banner der Wirtschaftlichkeit gehst und niemals untergehen wird. Das Dritte, was ich zum Vergleich zu sagen habe, knüpft schon an das zweite mit mir gelagte an. Das Dritte ist der Ruhrkohlenbezirk überhaupt. Es gibt ja so manchmal die Ausdrucksweise, daß man spricht von Berlin und der Provinz und glaubt, mit diesen zwei Worten das deutsche Leben erschöpfen zu haben. Nichts falscher als das. Es gibt mehr wie einen Kraftmittelpunkt in Deutschland, und einer der stärksten und zukunftsreichsten und innerlich geistigsten Kraftmittelpunkte ist der Ruhrbezirk. Man kommt hier in ein besonderes Stück deutscher Welt hinein, und dieses besondere Stück deutscher Welt voll innerer Kraft, voll Zukunftsbegeisterung, obgleich voll unerhörter schwerer Aufgaben, wird getragen von der Kohle. Und wenn es gelingt, durch wissenschaftliche Forschungen die Ausbeute der Kohle immer mehr zu steigern, letzten Endes ja auch die große Aufgabe dieser Tagung, dann wird sich wiederum aus der Kohle entwickeln ein weiteres Blüten deutscher Wirtschaft und deutscher Industrie.

Neuwerk, 29. April. (Ein aufregender Vorfall spielte sich hier ab. In die Allee-straße bog eine mit vier Personen besetzte Droschke ein, als ein in starker Fahrt heruntorkommender besetzter Straßenbahnwagen die Straße kreuzte. Der Straßenbahnwagen fuhr in die Droschke hinein. Das auf der Mitte des Bahnkörpers sich befindliche Führer-

wurde in zwei Teile gerissen. Die beiden Pferde lagen links und das zertrümmerte Führerwerk mit dem Kutscher und den Passagieren rechts der Straßenbahn. Alles Lebende war wunderbarerweise unversehrt.

Duisburg, 27. April. (Ein gemeingefährlicher Bräutigam.) Ein in der Gegenwart nicht seltenes Bild von zwei Verlobten entrollte sich vor dem großen Duisburger Schöffengericht. Nachdem der jetzige Erwerbslose Fritz R. aus Reddinghausen im Jahre 1922 mit der damals 25jährigen Maria Bauffalter aus Reddinghausen ein Verhältnis eingegangen war, kam es Pfingsten 1923 zur Verlobung. Wie so manches Verlobungsverhältnis Dornenwege zu gehen hat, so war auch dieses Verhältnis zeitweise sehr harmonisch. Der Bräutigam war der Staatsanwaltschaft keine unbekannte Persönlichkeit, wovon die Braut keine Ahnung hatte. Eines Tages wurde er wegen Diebstahls zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Das Urteil wurde rechtskräftig und R. wanderte ins Gefängnis. Vorher aber hatte ihm seine Braut die Treue geschworen müssen, nie mit anderen Männern auszugehen. Im Gefängnis wurde er öfter von seiner Braut besucht. Als R. aus dem Gefängnis entlassen wurde, hörte er von anderen Personen, daß sich seine Braut doch mit anderen abgegeben habe. Im Glauben, von seiner Braut hintergangen worden zu sein, stellte er sie am späten Abend des 15. Dezember 1924 am Friedhof in Reddinghausen zur Rede und verurteilte ihr eine Ohrfeige, worauf das Mädchen fortlief. Darauf feuerte er in einer Entfernung von 30 Metern eine Revolverkugel auf seine Braut ab, die aber ihr Ziel verfehlte. In der Schloßerstraße 1924 ging R. zu der Wirtschaft Spielermann in Reddinghausen, wo er seine Braut vermutete. Den Revolver schloß er in der Hand, ging er in das Lokal. Hier trat ihm der Bruder seiner Braut entgegen, der ihm verbot, mit seiner Schwester noch in irgend welche Beziehungen zu treten. R. der sich wehrte, wurde von mehreren handfesten Büscheln auf die Straße gestoßen. Vor Gericht sagte der Angeklagte aus, daß er von seiner Braut hintergangen worden sei, er könne das für Beweise bringen. Den Revolver habe er von einer unbekannten Person bekommen. Vorstehender: „Sie wußten aber doch, daß Sie die Pistole abfeuern müßten?“ Angeklagter: „Nein, das wußte ich nicht.“ Vor.: „Warum haben Sie denn auf Ihre Braut geschossen?“ Angekl.: „Ich wollte sie nur einschüchtern. Erschießen wollte ich sie nicht.“ Vor.: „Warum gingen Sie mit geladener Pistole in der Hand in das Wirtschaftshotel?“ Angekl.: „Ich wollte zu der Zeit von der Polizei gesucht. Ich wollte nur mit meiner Braut sprechen.“ Als die Braut, die als Zeugin vernommen wurde, in den Gerichtssaal trat, wurde der Angeklagte verlegen und nahm später eine ironische Haltung ein. Die Braut führte aus, sie habe das Empfinden gehabt, daß R. ihrem Leben ein Ende machen wollte. Sie sei nicht mit anderen Männern gegangen. — Das Gericht hielt mit Rücksicht auf die erheblichen Vorstrafen des Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten für angemessen.

Düsseldorf, 28. April. (Zur Jahraufnahmefeier.) Der vom Provinziallandtag zur Vorbereitung der Jahraufnahmefeier eingesehete Ausschuss hat in der gestrigen Sitzung beschlossen, daß die Feler folgenden Verlauf nehmen soll: Der rheinische Provinziallandtag soll am Freitag, den 12. Juni, zusammentreten, so daß seine Arbeiten voraussichtlich am Mittwoch, den 17. Juni, erledigt sein können. Am Donnerstag, den 18. Juni, soll dann der offizielle Festakt in der Düsseldorf-Tonhalle stattfinden, zu dem von Dr. Jarres, dem derzeitigen Vorsitzenden des Provinziallandtages, von Dr. Dehner, dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses, und von Landeshaupmann Dr. Horion eingeladen wird, und an dem die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden teilnehmen werden. Am Sonnabend, den 18. Juni, wird die Stadt Düsseldorf ihren Gästen ein historisches Festspiel im Marktplatz bieten. Am Freitag, den 19. Juni, erfolgt auf Einladung der Stadt Köln ein Besuch der dortigen Jahraufnahme-Ausstellung und eine große Volkskundgebung in der Messehalle. Am Sonnabend, den 20. Juni, wird der Einladung der Stadt Koblenz folgend, dieser Stadt ein Besuch abgestattet und abends die Rückreise nach Köln zu Schiff angetreten werden. Danach schließt sich am Sonntag, den 21. Juni, der Haupttag der rheinischen Heimatspiele in Godesberg und Umgebung an.

Düsseldorf, 29. April. (Die Neugierde der Großstädter.) Die acht tibetischen Priester, die einige Zeit in Berlin weilten, trafen jetzt hier ein. Am Bahnhof hatten sich bereits gewaltige Menschenmengen auf dem Vorplatz gesammelt, so daß die Autos mit den Tibetern sich kaum durchzuzwängen vermochten. In der Stadt, wo die Gäste irgendeine Lebensnähe in Augenfein nahmen, das gleiche Bild. In der Wirtschaft, in der die Fremden nach der anstrengenden Nachtreise ein Stübchen einnahmen, war, trotzdem über tausend Stühle vorhanden sind, kein Stuhl zu haben. Und das an einem Werktag-Vormittag um 9 Uhr! Die Menschen der Großstadt scheinen doch noch sehr sehr viel freie Zeit zu verfügen.

(W) Krefeld, 29. April. Im Mundtprozeß wurde Dienstag abend 6 Uhr das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt Dr. Walter Mundt zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Richard Mundt zu 9 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Den beiden Angeklagten wird die Untersuchungs-haft voll angerechnet. Ein von der Verteidigung gestellter Antrag auf sofortige Haftentlassung wurde abgelehnt, doch soll einem neuen Antrage, wenn die Angeklagten das Urteil anerkennen und die Geldstrafen gezahlt haben, nähergetreten werden.

Industrie- und Handelstag.

Der deutsche Industrie- und Handelstag vereinigte gestern am Vorabend seiner 45. Vollversammlung im Hotel Esplanade seine Mitglieder und zahlreichen Ehrengäste, unter denen sich auch der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons befand. Der Präsident des Industrie- und Handelstages Franz von Mendelssohn hieß in einer Begrüßungsansprache zuerst die Anwesenden willkommen und sprach besonders dem stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons den Dank der deutschen Wirtschaftsfreiheit dafür aus, daß er in selbstloser und aufopfernder Weise nach dem plötzlichen Tode des Reichspräsidenten seine Kraft dem Vaterlande zur Verfügung gestellt habe, mit der gleichen Arbeitskraft, Sachtlichkeit und dem gleichen weiten Blick, den er auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewiesen habe, habe er auch das Amt des stellvertretenden Reichspräsidenten geführt. Ferner begrüßte Herr von Mendelssohn den Reichslanzler Dr. Luther und die übrigen Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, der Parlamente, der Presse und der Wissenschaft. Alle verbindete, über die Verschiedenheit der Anschauungen hinweg, das gemeinsame Bewußtsein, deutsche Männer zu sein, die nur dem Vaterlande über die schwere Zeit hinweg helfen wollen. Die Rede klang aus in ein Hoch für das deutsche Vaterland und unser Volk. — Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhäus dankte dem Vorsitzenden für seine Begrüßungsworte. Die Tagung des Industrie- und Handelstages, so fuhr der Minister fort, werde von ganz besonderer Bedeutung sein. Es werden Probleme behandelt werden, wie unsere Wirtschaft in den gegenwärtigen Verhältnissen einzustellen und umzustellen sei, damit durch sie die Währung, die Finanzen und unser Staat erhalten und gestärkt werde. Die Mitarbeit des deutschen Industrie- und Handelstages sei von großer Bedeutung, weil hier die Sachverständigen versammelt seien, die gewissermaßen eine vorparlamentarische Arbeit zu leisten in der Lage seien. Die Zukunft unserer Wirtschaft werde davon abhängen, wie wir sie in den verschiedenen Wirtschaftskreisen zum richtigen Ausdruck bringen. — Der Zeitpunkt für die Lösung dieser wichtigen Wirtschaftsfragen sei nunmehr gekommen.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne.

(W) Dem Reichstage ist jetzt die angekündigte Denkschrift über den Ausbau der Besteuerung von Inflationsgewinnen zugegangen. Darin wird insbesondere auf den engen Zusammenhang von Inflationssteuern und der Aufwertung hingewiesen. Würde die Wirtschaft genötigt, Kreditverhältnisse der Inflationszeit nach ihrem Goldwert mehr oder weniger über den Rahmen der dritten Steuernotverordnung hinaus aufzuwerten, so entfielen damit in gewissem Maße die Möglichkeiten, einen Anteil des wirklichen oder angeblichen Inflationsgewinnes in Anspruch zu nehmen. Eine Besteuerung der dem Reiche, den Ländern und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gebührenden Kredite werde nicht in Frage kommen können. Damit würde man eine der härtesten Schuldnergruppen aus dem Kreise der Steuerpflichtigen ausschalten. Zu der Frage der Besteuerung des Wechselverkehrs führt die Denkschrift aus, daß für die Umrechnungsarbeit aus dem Jahre 1923 allein etwa 340 000 Arbeitsstunden erforderlich wären. Es müßten also einen Monat lang 1500 Beamten bei neunständiger Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden. Zur Frage der Kontokorrentsteuern stellt die Denkschrift fest, daß nach den gemachten Erhebungen allein bei einer Großbank 152 Millionen Umrechnungen notwendig wären. Für eine vorläufige Ertragsabschätzung der Besteuerung ständen Unterlagen nicht zur Verfügung. Es könne aber nicht damit gerechnet werden, daß die Erhebungskosten in irgendeinem erträglichen Verhältnis zum Ertrag der Steuer gehalten werden können. Die Denkschrift behandelt dann ausführlich die Besteuerung der Notgeldausgaben. Für die Besteuerung kämen nicht in Frage alle genehmigten und alle gedeckten Notgeldausgaben. Ende November 1923 lief ungedecktes wertbefähigtes Notgeld im Betrage von insgesamt 320 Millionen Papiermark um, wovon schätzungsweise die Hälfte auf Notgeld öffentlich-rechtlicher Körperschaften entfiel. Bei völliger Gleichstellung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften würde das Steueraufkommen auf höchstens 50 Millionen Mark zu schätzen sein. Weiter behandelt die Denkschrift die in der Öffentlichkeit viel erörterte Möglichkeit einer Besteuerung der Inflationsgewinne durch eine Vermögenszuwachs- oder Vermögenserhaltungssteuer. Das Ziel der Zuwachs- und der Vermögenserhaltungssteuer läßt sich erst dann wirklich erreichen, wenn feststeht, daß die Aufwertungsfrage endgültig gelöst ist. Dieser Zeitpunkt könnte aber im gegebenen Augenblick noch nicht bestimmt werden.

Schwere Unwetterschäden in Oberitalien.

Aus Oberitalien werden schwere Schäden durch Unwetter in den letzten Tagen gemeldet. Bei Verona ist gestern ein schweres Wetter mit Hagelschlag niedergegangen. Bei Udine haben die Wildbäche zahlreiche Verkehrsströme verursacht. Die Straße am Tolmein ist unterbrochen und in der Nähe davon eine Galerie infolge einer Lawine eingestürzt. In einem Bergdorf ist die Kirche eingestürzt und hat zwei Häuser von Kleinbauern in Trümmer verwandelt. Mehrere andere Häuser wurden durch Regengüsse schwer beschädigt und drohen einzusinken. Bei Udine hat gestern nachmittags ein heftiger Windsturm mit Hagel schwere Hagelschäden angerichtet. Überall ist die Temperatur stark gefallen. Der Apennin ist bei Astoria tief verschneit.

Kleine Nachrichten.

Das Mitglied des Reichsarchivrates Major a. D. Heydemann, der Mitherausgeber der Schriftenfolge „Schlachten des Weltkrieges“, ist inmitten seiner Arbeit gestorben. Zur besonderen Aufgabe hatte er sich die Ergreifung des Verlaufes der Marneschlacht 1914 gesetzt. Der Hauptausdruck des Landtages hat einer Notverordnung des Staatsministeriums zugestimmt, wonach der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben wird. Die für den 28. April in Aussicht genommene Prozessverhandlung vor dem Staatsgerichtshof gegen Freiherrn von Forstner und Genossen wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist vertagt worden.

Aus aller Welt.

— Wegen Verleumdung Eberts verurteilt. Nach einer Meldung aus Strichberg wurde der Landwirt Heferichter, der behauptet hatte, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert es durch seine Tätigkeit bei der Sozialdemokratie und der Republik bereits zu 33 Mittergätern gebracht habe und dafür wegen Verleumdung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, von der Berufungsinstanz wegen schwerer Verleumdung des Reichspräsidenten, in Tateinheit mit Vergehen gegen das Republiksgesetz, anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt.

— Das launische Glück. Der Häusler Pustatz in Preßburg, der gemeinsam mit seiner Geliebten seine Gattin ermordet hatte und deswegen zu lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt worden war, hat, nach einer Meldung der Botschaften Zeitung aus Prag, in der letzten Hauptkammer von 500 000 tschechischen Kronen gewonnen. Er wies seinen Rechtsbeistand an, das Geld für seinen fünfjährigen Sohn auf einer Bank zu hinterlegen.

— Von einem wilden Stier angegriffen. Nach einer Meldung aus Augsburg wurde in Engsthausen der, dem bayerischen Bauernbund angehörende Landtagsabgeordnete Stegmann, von einem wilden Stier angefallen und mit den Hörnern aufgeschrien. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde Stegmann ins Krankenhaus gebracht.

— Verbrechen und Selbstmord. In Tegitz erschoss der 22 Jahre alte Student Behrend, der Sohn eines Ministerialbeamten, seinen 12jährigen Bruder und verübte dann Selbstmord. Man nimmt an, daß Behrend die Tat in geistiger Umnachtung ausgeführt hat, da er seit längerer Zeit an einem Nervenleiden erkrankt war. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

— Durch Unfall verurteilt. Mittels eines gefälschten Antragsformulars wurden dem Hauptzollamt Berlin vor einiger Zeit beschlagnahmte Persepolis herausgelöst. Der Gauner hatte die Teppiche durch einen Gepäckträger in einem Auto nach dem Bahnhof Zoologischer Gärten bringen lassen, ohne selbst mitzufahren. Hier fiel Kriminalbeamten die Sache auf und sie stellten Ermittlungen an. Diese Ermittlungen ergaben bald, daß ein Schwindel vorlag, von dem der Gepäckträger nichts ahnte. Die Unterschrift unter dem Formular erwies sich als gefälscht. Der Schwindler mag wohl etwas zu spät nach dem Bahnhof gekommen sein, und als er mehrere Männer im Gespräch mit seinem Beauftragten und dem Wagenführer sah, hat er wohl Bedenken getragen, seinen Streich durchzuführen. Die 23 Teppiche, die durchaus noch nicht freigegeben sind, wurden dem Hauptzollamt wieder zugestellt.

— Eine Giftmischerin? Auf Grund eines anonymen Briefes, der bei dem Polizeibüro in Corbell, unweit von Paris, eingegangen war, und in dem eine Frau Maugas in Riva des dreifachen Giftmordes beschuldigt wurde, leitete das Gericht eine Untersuchung gegen diese Frau ein, in deren Verlauf die Behörde sich veranlaßt sah, zur Verhaftung die Beschuldigten zu schreiben. Frau Maugas wird angeklagt, im Jahre 1920 ihren Liebhaber sowie ihre beiden Brüder Eugenes und Francois Vorne

durch Verabreichung von Gift ermordet zu haben. Die Untersuchung hat bis jetzt ergeben, daß der Arzt, der aus Anlaß dieser Todesfälle gerufen wurde, die Leichen nicht untersucht hat und selbst vor zwei Monaten gestorben ist. Es wird noch berichtet, daß Frau Maugas, die jetzt 60 Jahre alt ist, durch testamentarische Verfügung ihrer Brüder 80 000 Franken erhalten hat.

— Eine aufsehenerregende Erfindung hat die Badische Anilin- und Sodafabrik gemacht. Es ist ihr gelungen, den Methylalkohol so billig herzustellen, daß der amerikanische Alkohol unterboten werden kann. Seit Beginn des Jahres schätzt man die Einfuhr von Methylalkohol der Vereinigten Staaten auf 100 Tonnen, während im vorigen Jahre Methylalkohol noch Exportartikel war.

— Die baltischen Spanier. Anlässlich waren in Berlin 24 Angehörige der Technischen Hochschule in Barcelona, die unter Führung zweier Professoren eine Studienreise durch Frankreich, Belgien und Deutschland unternehmen. Sie sind von dem herzlichen Empfang, der ihnen in der Technischen Hochschule wie in den Fabriken, die sie besucht haben, bereitet wurde, hoch befriedigt. In Telegrammen an den spanischen König und den spanischen Arbeitsminister sowie gegenüber dem hiesigen spanischen Botschafter haben sie ihrer Dankbarkeit für die gastliche Aufnahme in Deutschland Ausdruck gegeben. Sie bitten, ihrer Bewunderung für die deutsche Industrie auf diesem Wege Ausdruck geben zu dürfen und verbinden damit herzliche Grüße an die Einwohner Berlins.

Sport.

Fußball.

Verglanten — B. V. Langendree 07 2:6.

Donnerstag hatte die 1. Elf den 1. Meist der Bochumer Bezirks, B. V. Langendree 07, zu Gast und mußte sich den Gästen trotz überlegener Spielweise mit 2:6 beugen. Der Gast enttäuschte. Außer riesigem Eifer, guter Durchschlagskraft und sicheres Schießen zeigten sie nichts besonderes. Durch Straßhof geht Langendree in Führung. Verglanten drängt und ist leicht überlegen, findet jedoch das Tor nicht, vermag vor Halbzeit jedoch den Ausgleich zu erzielen. Gleich nach Halbzeit geht Verglanten in Führung und setzt sich für die Dauer der 2. Halbzeit vor des Gegners Tor fest. Viele Schüsse verfehlen das Ziel, oder werden eine Deute des Torhüters, der blendend hielt. Trotzdem erzielt Langendree den Ausgleich und durch die wenigen Durchbrüche 4 weitere Tore zur allgemeinen Überraschung. Die Verteidigung Verglanten rückt zu weit auf in der Überlegenheitsperiode, und machte daneben noch den taktischen Fehler, statt gefasst zu stehen, in gleicher Höhe zu verharren, so daß die flinken Stürmer leichte Mäße hatten, sie bei ihren Durchbrüchen zu überrennen. Trotz ihrer Überlegenheit spielte Verglanten unter ihrer sonstigen Form. Einen sehr schlechten Tag hatten der Torwart, der mindestens 3 Tore auf dem Gewissen hat, die er unbedingt hätte halten müssen, ferner der 1. Verteidiger und rechter Flügel. Auch der Halbrechte spielte unter sonstiger Form. Der Schiedsrichter leitete in der 2. Halbzeit oft rätselhaft. Eden 9:2 für Verglanten.

2. Mannschaft Verglanten 09 — Weisfalia Kamen 9:1.

Ergebnisse vom 19. April: Verglanten 1. — Niederraden 1:4.

Donnerstag fährt die 1. Elf 09 zu den von „Preußen“ Horstmar veranstalteten Pokalspielen und trifft im 1. Spiel auf den 1. Klassenvertreter Spiel und Sport Dorne, der bei den Pokalspielen der „Viktoria“ Dorne in den letzten Wochen spielfähige Dortmunder Ligaspieler aus dem Rennen war.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 30. April. Der Musik-Verein Kamen gibt am Mittwoch, den 18. Mai, abends 7½ Uhr, im Saale des Schützenhofes (Reinhard) sein 2. Chorconcert. Zur Aufführung gelangt das beliebte Oratorium „Die Jahreszeiten“ von Haydn. Als Solisten sind gewonnen Frma Weidling, Damm (Soprano), Ludwig Kuge, Berlin (Tenor) und G. Schönenberg, Köln (Bass). Das Orchester stellen 28 Musiker des Philharmonischen Orchesters

Dortmund. Die Zeitung hat Herr Stadtmusikdirektor Seip, Kom. Fleißig hat der gutbesetzte Chor gearbeitet, um diese Aufführung wirkungsvoll zu gestalten.

Westdeutsche Funkkunde-M. B.

München 1. M.

Freitag, den 1. Mai 1925.

4-5 Uhr Unterhaltungsstunde. Deutsches Gemüt, deutsches Geldentum, deutscher Humor (Josef Kaufmann).

7.15 Uhr abends Vortrag „Aus unserer Pflanzentwelt“ (Otto Koenen, Vorsitzender des Botanischen Vereins für Weisfalia und Lippe).

8 Uhr abends Vortrag: „Eine eindringliche Mahnung an alle Hundebesitzer“ (Verein deutscher Schäferhunde), gesprochen von Heinz Häppling.

8.30-9 Uhr abends: Nieder- und Vitenabend. Paul Hadland (Bass), Osnabrück; am Flügel: Kapellmeister Niebe. 1. Wagner: „Ansprache Wolframs aus der Oper „Tannhäuser“; 2. Mozart: „Vied d. Osmin a. d. Oper „Die Entführung aus dem Serail“; 3. Verdi: „Arie aus der Oper „Sizilianische Wesper“; 4. Brüll: „Soldatenlied aus der Oper „Das goldene Kreuz“.

9.10 Uhr abends Orchester-Konzert. 1. Der Mai ist gekommen (Paraphrase), 2. Nachher: Die vier Menschenalter, 3. Silling: Walpurgisnacht.

Jahrmärkte.

Verwaltung der Märkte.

Montag, 11. Mai: Dortmund u. Hagen

Dienstag, 12. Mai: Altenberge A. B., Buldern A. B., Gelsen A. B., Kirchhellen A. B., Vengerich-Stadt A. B., Bidinghausen A. B., Dissen A. B., Altenbeken Mindb. Pf. Schw., Bielefeld Mindb. Pf. Schw., Lünenburg-Bielefeld Mindb., Hausberge A. B. Pf. Schw., Schaf Jieg., Niedermarsberg Schaf, Röhlinghausen A. B. Pf. Schw., Schaf Jieg., Dorfmund Jacht, Jacht, Bielefeld A. B., Kamen A. B. Klee- und Hanf-samen, Rütten Schw.

Mittwoch, 13. Mai: Gladbeck A. B., Jöbenbüren A. B., Rheine A. B., Warendorf A. B., Bad Driburg A. B., Mindb. Schw., Gidel Schw., Bidinghausen A. B. Pf. Schw., Schaf Jieg., Dortmund Jacht, Jacht, Bielefeld A. B.

Donnerstag, 14. Mai: Dorsten A. B., Hopfen A. B., Nalden A. B., Stadthagen A. B., Bippstadt A. B.

Freitag, 15. Mai: A. A. Schw., Dortmund Pf.

Du fragst Warum? Ich sage:

Reiche Deinen Kindern

Oft und den Erwachsenen ebenfalls

Einen Oetker-Pudding.

Tatsächlich wirst Du bald bemerken, wie

Kräftig sich die Kleinen entwickeln.

Erwachsene loben den Wohlgeschmack und

Reiche Auswahl in vielen Geschmacksarten

Sorgt für angenehme Abwechslung.

Pudding stellen Sie

aus Dr. Oetker's Puddingpulver mit

Milch, Butter und Zucker her. Es ist das

Beste, was Sie auf den Tisch bringen können.

Nur in Original-Päckchen (je nach Größe) mit

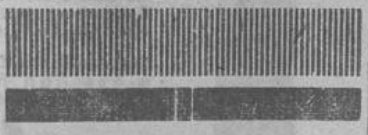
der Schutzmarke „Oetker's Heliokopf“ in allen

einzeligen Geschäften zu haben.

Verlangen Sie ebenfalls kostenlos die beliebten Oetker-

Rezeptbücher od. wenn vergriffen, umsonst u. portofrei.

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Neu eingetroffen!

Der eigene Arzt im Viehstall

ist jeder Landwirt oder Stedler, der das Buch „Der Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen“ besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre Dr. Griebel und Dr. Maagerl sowie Dr. Gehrmann geben in dem Werke die Krankheits-angelegenheiten und notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstall zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit 100 Abbildungen und mit 3 farbigen zerlegbaren Modellen vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet 350 Seiten stark.

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig. Das jedem Landwirt unentbehrliche Werk ist für nur 5 Mark vorrätig in der

Buchhandlung der
Kamener Zeitung,
Markt Nr. 15.



Blauband im Märchenland

Dornröschen

Mit Dornröschen fiel das ganze Schloss in tiefen Schlaf, auch der Koch, der gerade ein Stück „Blauband-Margarine“ in die Pfanne tat. Beim Kochen, Backen und Braten vorzüglich, ist diese auch in der feinen Küche nicht zu entbehren.

50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung

Schwan im
Blauband frisch
gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

